

- 2 **Inflation** Arme Familien
- 3 **Sozialpolitik** Neue Rechte mit alten Scheinlösungen
- 4 **Betriebsräte** Gelebte Demokratie
- 5 **Europa** Angriff auf den Mindestlohn
- 6 **Geldanlage** 525 Euro Armutsnachteil
- 7 **E-Autos** Die Bilanz ist einfach besser

**KINDERBETREUUNG**

# Wenig Verlass

Ausfälle bei der Kinderbetreuung in Kita oder Ganztagschule haben im vergangenen Herbst drei Fünftel der erwerbstätigen Eltern erlebt. Es muss dringend mehr investiert werden.

Wenn von Betreuungsempfängern die Rede ist, denken viele zunächst an die zahlreichen Familien, die keinen Platz in einer Kita, bei Tageseltern oder in der schulischen Ganztagsbetreuung ergattert haben. Doch auch ein großer Teil der erwerbstätigen oder arbeitssuchenden Eltern, die für ihr Kind offiziell einen Betreuungsplatz haben, kann sich nicht darauf verlassen. Knapp 60 Prozent von ihnen waren im vergangenen Herbst mit Kürzungen der Betreuungszeiten beziehungsweise kurzfristigen zeitweiligen Schließungen konfrontiert. Zu einem erheblichen Teil mussten die Betroffenen, vor allem Mütter, die Erwerbsarbeitszeit reduzieren, um die Betreuungslücke zu schließen. Das ist ein Ergebnis der neuen Welle der repräsentativen Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, für die im Dezember 2024 insgesamt mehr als 7500 Erwerbstätige und Arbeitssuchende online befragt wurden, darunter rund 1000 Eltern von Kindern in Betreuungseinrichtungen.

„Die Mehrheit der befragten Eltern berichtet von unzuverlässiger Betreuung. Das zeigt, dass der Staat vor einer doppelten Aufgabe steht. Er muss einerseits Betreuungsangebote ausbauen und andererseits die Qualität und Zuverlässigkeit der bestehenden Angebote sicherstellen. Ganz offensichtlich ist schon die personelle Ausstattung der bereits existierenden Angebote nicht ausreichend“, sagt WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. „Die kommende Regierung muss den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung priorisieren. Es braucht dauerhafte und verlässliche Mehrinvestitionen in die Kinderbetreuung und den schulischen Ganztags“, so Kohlrausch, die die Befragung zusammen mit den WSI-Forschern Andreas Hövermann und Helge Emmler ausgewertet hat.

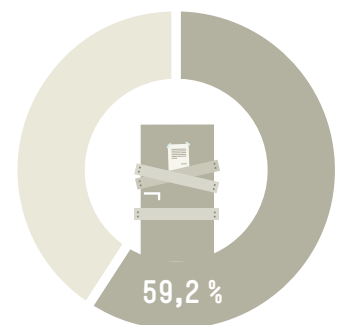
Von den insgesamt 1023 befragten Müttern und Vätern, die ihre Kinder in einer Kita, bei Tageseltern oder einer Ganztagschule in Betreuung gegeben haben, gaben 44 Prozent an, dass die Einrichtung in den drei Monaten vor der Befragung kurzfristig und ungeplant geschlossen hatte, beispielsweise wegen Personalmangels bei Erkrankungen. Bei ebenfalls 44 Prozent kam es zu Verkürzungen der vereinbarten Betreuungszeiten. Da ein Teil der Eltern sowohl mit Verkürzungen als auch mit Schließungen zurechtkommen musste, beträgt die Quote der Betroffenen insgesamt 59,2 Prozent. Unter den von Schließungen betroffenen Eltern waren 15

## Kürzen bei den Kurzen

Erwerbstätige oder arbeitssuchende Eltern mit Kindern in Kitas, Schulen oder bei Tageseltern waren in den drei Monaten vor dem Dezember 2024 betroffen von ...



insgesamt betroffen\*



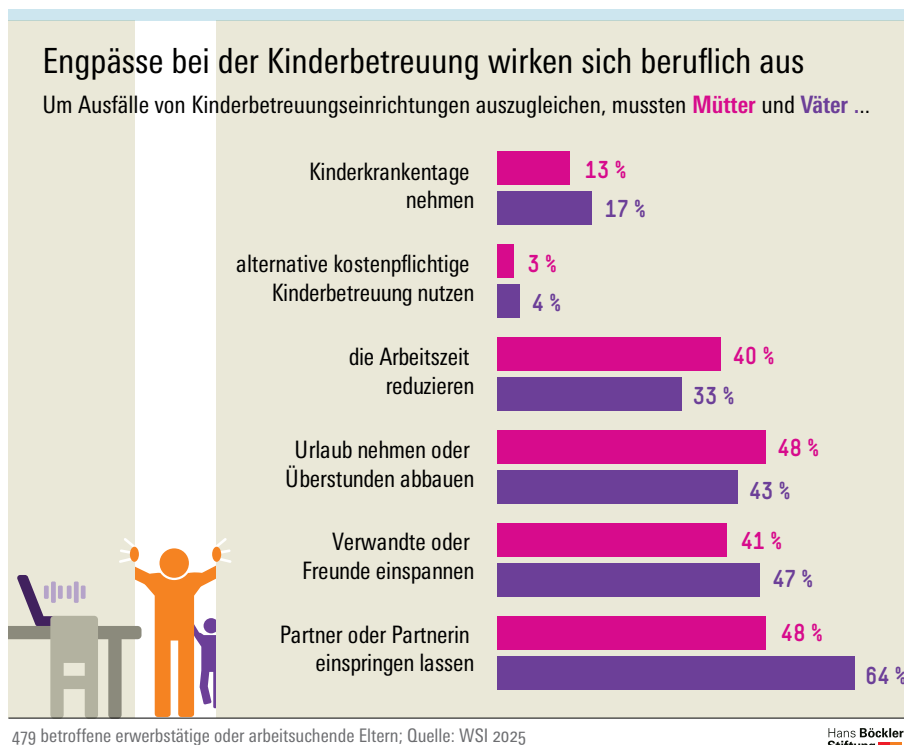
\* von verkürzten Öffnungszeiten und/oder Schließungen; Quelle: WSI 2025

Prozent mit Schließungen an einem Tag konfrontiert, fast 22 Prozent mussten Schließungen an zwei bis fünf Tagen ausgleichen und je knapp vier Prozent sogar an sechs bis zehn beziehungsweise mehr als zehn Tagen.

Die Ausfälle stellen viele Eltern vor große Probleme im Alltag: 32 Prozent der Betroffenen sagen, dass ihre Arbeitssituation von „starken“ oder „äußersten“ Belastungen geprägt sei, gegenüber 24 Prozent unter den nicht betroffenen Eltern. > > > >

Dabei sind erwerbstätige Mütter deutlich stärker eingespannt als Väter. Von den betroffenen Männern, die in heterosexuellen Partnerschaften leben, gaben 64 Prozent an, ihre Partnerin sei eingesprungen, um die Betreuungslücke zu schließen. Unter den Frauen sagten das 48 Prozent über ihren Partner. 48 Prozent der betroffenen Mütter und 43 Prozent der Väter haben während der Schließung oder Kürzung der Betreuungszeit Urlaub genommen oder Überstunden abgebaut, um die Betreuungslücke auszugleichen. 33 Prozent der Väter und 40 Prozent der Mütter mussten zeitweilig ihre Arbeitszeit reduzieren. Gerade Letzteres könne die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt vertiefen, warnt Soziologin Kohlrausch: „Wir wissen zum Beispiel aus der Forschung, dass Personen mit geringerer Erwerbsarbeitszeit seltener Zugang zu Weiterbildung haben. Immer wieder Ausfälle in der Kinderbetreuung ausgleichen zu müssen, kann daher durchaus spürbare Konsequenzen für den weiteren Erwerbsverlauf haben.“ Auch Verwandte oder Freunde spielen eine wichtige Rolle, um akute Betreuungskonflikte zu entschärfen.

„Die Befragungsdaten zeigen, wie dringend die Infrastruktur der frühen Bildung und Betreuung und die Arbeitsbedingungen in Erziehungsberufen verbessert werden müssen“, so Kohlrausch. „Zu geringes Angebot und mangelnde Verlässlichkeit bei Kitas und Ganztagschulen sind längst ein kritischer Engpass für die Berufstätigkeit von Millionen Eltern, insbesondere Müttern. Das passt schon gar nicht dazu, dass gleichzeitig gerne die Forderung erhoben wird,



Erwerbstätige sollten ihre Erwerbsarbeitszeit erhöhen. Gerade Mütter, die die Hauptlast der unzureichenden Betreuungsangebote tragen, werden immer wieder als Gruppe genannt, die zu wenig Erwerbsarbeit leistet. Dafür müssen dann aber auch die Voraussetzungen geschaffen werden – und eine wesentliche Voraussetzung ist ein verlässliches und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot“, betont Kohlrausch. „Die dafür nötigen Investitionen sind groß, aber in jedem Fall gut angelegtes Geld. Neben den finanziellen Investitionen braucht es zudem eine Fachkräfteoffensive, da der Ausbau des Betreuungsangebots inzwischen häufig nicht mehr nur am Geld, sondern auch an den fehlenden Fachkräften scheitert.“ <

## INFLATION

### Arme Familien

Die Inflationsrate in Deutschland ist im Dezember 2024 zwar erneut gestiegen, nämlich auf 2,6 Prozent. Im Gesamtjahr 2024 lag sie mit 2,2 Prozent aber sehr nah am Zielwert der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent. Ähnlich sieht es laut dem Inflationsmonitor des IMK aus, wenn man auf die Teuerungsraten verschiedener Haushaltstypen blickt, die sich nach Einkommen und Personenzahl unterscheiden. Der Anstieg zum Jahresende sollte nicht überbewertet werden, erklärt IMK-Expertin Silke Tober. 2025 dürfte sich die Inflationsrate weiter normalisieren und bei durchschnitt-

lich zwei Prozent einpendeln. Ein längerfristiger Vergleich zeigt aber auch die Nachwirkungen der hohen Inflation in den vergangenen Jahren. Insgesamt lagen die Verbraucherpreise 2024 um 19,9 Prozent höher als fünf Jahre zuvor. Paare mit Kindern und niedrigen und mit mittleren Einkommen wiesen im Fünf-Jahres-Vergleich mit 20,8 und 20,4 Prozent die höchsten Inflationsbelastungen auf, Alleinlebende mit sehr hohen Einkommen mit 18,3 Prozent die niedrigste. Erstere waren von der starken Teuerung nach dem russischen Überfall auf die Ukraine besonders stark betroffen, weil

in ihrem Budget Güter des Grundbedarfs wie Nahrungsmittel und Energie eine größere Rolle spielen, die lange die stärksten Preistreiber waren. So betrug auf dem Höhepunkt der Inflationsswelle im Oktober 2022 die Teuerungsrate für Familien mit niedrigen Einkommen 11 Prozent, die für ärmere Alleinlebende 10,5 Prozent. Alleinlebende mit sehr hohen Einkommen hatten damals mit 7,9 Prozent die mit Abstand niedrigste Inflationsrate. <

Quelle: Silke Tober: IMK Inflationsmonitor: Inflation mit 2,2 % im Jahr 2024 sehr nah am Inflationsziel, Dynamik noch von Folgen der Preisschocks geprägt, IMK Policy Brief Nr. 184, Januar 2025 [Link zur Studie](#)